

Brüssel, den 22.6.2017 COM(2017) 336 final

2017/0139 (NLE)

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

über die Verlängerung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien

DE DE

BEGRÜNDUNG

1. KONTEXT DES VORSCHLAGS

• Gründe und Ziele des Vorschlags

Das Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien¹ (im Folgenden "Abkommen") trat am 7. August 2007 in Kraft. Artikel 12 Absatz 2 des Abkommens lautet: "Das Abkommen wird zunächst für fünf Jahre geschlossen und kann im Einvernehmen beider Vertragsparteien nach einer Bewertung im vorletzten Jahr jedes Fünfjahreszeitraums verlängert werden". Das Abkommen wurde zuletzt 2012 verlängert und bleibt bis zum 7. August 2017 in Kraft, sofern die Vertragsparteien es nicht um einen weiteren Fünfjahreszeitraum verlängern.

Seit der letzten Verlängerung des Abkommens (Beschluss 2012/646/EU²) hat Brasilien große Fortschritte in seiner Wissenschafts-, Technologie- und Innovationspolitik (WTI) gemacht, was zur Stärkung der institutionellen Kapazitäten des WTI-Systems beigetragen hat. Dazu zählten auch Verbesserungen in Bezug auf Anzahl und Qualifikation der Humanressourcen und auf die FuE-Infrastruktur. Brasilien nimmt in der Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft sowie bei tropischen und Infektionskrankheiten nach wie vor einen Spitzenplatz ein. Auch in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Nanotechnologie und Energie ist es auf Weltniveau und beherbergt zudem einige der führenden Universitäten Lateinamerikas. Diese Forschungsbereiche sind von Interesse für die Europäische Union. Die Verbindungen zwischen der EU und Brasilien in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation sind durch intensive Zusammenarbeit auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten gewachsen.

Die von der Kommission vorgenommene Bewertung zeigt deutlich, dass das Abkommen einen wichtigen Rahmen bildet, der die Zusammenarbeit zwischen der EU und Brasilien in wissenschaftlich-technischen Bereichen, die für beide Seiten Vorrang besitzen, erleichtert. Da Brasiliens Potenzial als Forschungs- und Innovationspartner weiter zunimmt, sollte es als ein strategischer Partner für die EU in Lateinamerika angesehen werden. Die wichtigsten Instrumente für die Zusammenarbeit sind die EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation. Was die Aktivität im Rahmen des RP7 (2007-2013) bzw. im Rahmen von Horizont 2020 betrifft, so stand Brasilien unter den nicht assoziierten Drittländern bislang an sechster bzw. fünfter Stelle. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und den brasilianischen Forschern hat unter anderem zur Entwicklung eines neuen Arzneimittels gegen die Chagas-Krankheit (bereits bei der Arzneimittelzulassungsbehörde im Hinblick auf den Beginn der Entwicklung klinischen Prüfung registriert) und zur eines neuen Vorbehandlungsverfahrens für fortschrittliches Bioethanol (das den Aufbau der ersten kommerziellen Anlage für fortschrittliches Bioethanol in Europa ermöglicht) geführt.

Daher liegt es im Interesse der EU, das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien um einen weiteren Fünfjahreszeitraum zu verlängern.

ABl. L 295 vom 11.11.2005, S. 38.

Beschluss 2012/646/EU des Rates vom 10. Oktober 2012 über die Verlängerung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien (ABI. L 287 vom 18.10.2012, S. 4).

Beide Parteien bekräftigten in einem Briefwechsel vom 14. November 2016 und 5. Januar 2017 ihren Wunsch, das Abkommen zu verlängern.

Wie mit den brasilianischen Partnern besprochen und vereinbart, wird der Inhalt des verlängerten Abkommens mit dem derzeit geltenden Abkommen identisch sein.

Kohärenz mit den bestehenden Vorschriften in diesem Bereich

Diese Initiative steht voll und ganz im Einklang mit der EU-Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation³. In der EU-Strategie wird die Bedeutung, die Wissenschafts- und Technologieabkommen als Instrumenten für die Festlegung und Durchführung der mehrjährigen Pläne (Roadmaps) für die Zusammenarbeit mit Drittländern zukommt, klar herausgestellt. Das Abkommen dient auch der Umsetzung der EU-Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation, die zu stärkerer Internationalisierung und Offenheit in der Forschungs- und Innovationslandschaft der EU aufruft

Vereinbarkeit mit anderen Politikbereichen der Union

In der globalen Strategie der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU wird bekräftigt, dass die Forschungszusammenarbeit einen wichtigen Aspekt der EU-Außenpolitik und ein wesentliches Element stärkerer sozioökonomischer Beziehungen, insbesondere mit den Ländern Lateinamerikas, darstellt.

2. RECHTSGRUNDLAGE, SUBSIDIARITÄT UND VERHÄLTNISMÄSSIGKEIT

Rechtsgrundlage

Die Befugnis der EU, international in der Forschung und technologischen Entwicklung zu handeln, stützt sich auf Artikel 186 AEUV. Die verfahrensrechtliche Grundlage des Vorschlags ist Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer v AEUV.

3. ERGEBNISSE DER EX-POST-BEWERTUNG, DER KONSULTATION DER INTERESSENTRÄGER UND DER FOLGENABSCHÄTZUNG

Effizienz der Rechtsetzung und Vereinfachung

Diese Initiative ist nicht Teil der REFIT-Agenda.

4. AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT

Nur Human- und Verwaltungsressourcen sind erforderlich; diese sind im Finanzbogen aufgeführt.

In Anbetracht des Vorstehenden ersucht die Kommission den Rat.

- nach Zustimmung des Europäischen Parlaments im Namen der Union die Verlängerung des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien nach

Verbesserung und Fokussierung der internationalen Zusammenarbeit der EU in Forschung und Innovation: ein strategischer Ansatz", COM(2012) 497.

Ablauf des Fünfjahreszeitraums um weitere fünf Jahre (d. h. vom 8.8.2017 bis zum 7.8.2022) zu genehmigen und

den Präsidenten des Rates zu ermächtigen, die Person(en) zu bestellen, die befugt ist (sind), der Regierung der Föderativen Republik Brasilien mitzuteilen, dass die Union die für das Inkrafttreten des verlängerten Abkommens erforderlichen internen Verfahren abgeschlossen hat.

2017/0139 (NLE)

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

über die Verlängerung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 186 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer v,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zustimmung des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit Beschluss 2005/781/EG⁴ hat der Rat den Abschluss des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien (im Folgenden "Abkommen") genehmigt.
- (2) Das Abkommen tritt gemäß seinem Artikel 12 an dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander schriftlich mitgeteilt haben, dass ihre jeweiligen für das Inkrafttreten erforderlichen internen Verfahren abgeschlossen sind. Das Abkommen wird zunächst für fünf Jahre geschlossen und kann im Einvernehmen beider Vertragsparteien nach einer Bewertung im vorletzten Jahr jedes Fünfjahreszeitraums verlängert werden.
- (3) Mit Beschluss 2012/646/EU⁵ genehmigte der Rat die Verlängerung des Abkommens um weitere fünf Jahre.
- (4) In ihrem Briefwechsel vom 14. November 2016 und 5. Januar 2017 bekräftigten die Vertragsparteien ihr Interesse an einer Verlängerung des Abkommens um weitere fünf Jahre.
- (5) Infolge des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 ist die Europäische Union an die Stelle der Europäischen Gemeinschaft getreten, deren Rechtsnachfolgerin sie ist.
- (6) Die Verlängerung des Abkommens sollte im Namen der Union genehmigt werden —

_

Beschluss 2005/781/EG des Rates vom 6. Juni 2005 über den Abschluss des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien (ABI. L 295 vom 11.11.2005, S. 37).

Beschluss 2012/646/EU des Rates vom 10. Oktober 2012 über die Verlängerung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien (ABI. L 287 vom 18.10.2012, S. 4).

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verlängerung des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien um weitere fünf Jahre wird im Namen der Europäischen Union genehmigt.

Artikel 2

Der Präsident des Rates bestellt die Person(en), die befugt ist (sind), der Regierung der Föderativen Republik Brasilien im Namen der Union und gemäß Artikel 12 Absatz 2 des Abkommens mitzuteilen, dass die Union die für das Inkrafttreten dieses verlängerten Abkommens erforderlichen internen Verfahren abgeschlossen hat, und Brasilien folgende Mitteilung zu übermitteln:

"Infolge des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 ist die Europäische Union an die Stelle der Europäischen Gemeinschaft getreten und deren Rechtsnachfolgerin geworden. Daher müssen alle Bezugnahmen auf "die Europäische Gemeinschaft" im Wortlaut des Abkommens, soweit angemessen, als Bezugnahmen auf "die Europäische Union" gelesen werden."

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am

Im Namen des Rates Der Präsident

FINANZBOGEN ZU RECHTSAKTEN

1. RAHMEN DES VORSCHLAGS/DER INITIATIVE

- 1.1. Bezeichnung des Vorschlags/der Initiative
- 1.2. Politikbereich(e) in der ABM-/ABB-Struktur
- 1.3. Art des Vorschlags/der Initiative
- 1.4. Ziel(e)
- 1.5. Begründung des Vorschlags/der Initiative
- 1.6. Laufzeit der Maßnahme und Dauer ihrer finanziellen Auswirkungen
- 1.7. Vorgeschlagene Methode(n) der Mittelverwaltung

2. VERWALTUNGSMASSNAHMEN

- 2.1. Monitoring und Berichterstattung
- 2.2. Verwaltungs-und Kontrollsystem
- 2.3. Prävention von Betrug und Unregelmäßigkeiten

3. GESCHÄTZTE FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN DES VORSCHLAGS/DER INITIATIVE

- 3.1. Betroffene Rubrik(en) des mehrjährigen Finanzrahmens und Ausgabenlinie(n)
- 3.2. Geschätzte Auswirkungen auf die Ausgaben
- 3.2.1. Übersicht
- 3.2.2. Geschätzte Auswirkungen auf die operativen Mittel
- 3.2.3. Geschätzte Auswirkungen auf die Verwaltungsmittel
- 3.2.4. Vereinbarkeit mit dem mehrjährigen Finanzrahmen
- 3.2.5. Finanzierungsbeteiligung Dritter
- 3.3. Geschätzte Auswirkungen auf die Einnahmen

FINANZBOGEN ZU RECHTSAKTEN

1. RAHMEN DES VORSCHLAGS/DER INITIATIVE

1.1. Bezeichnung des Vorschlags/der Initiative

Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Verlängerung des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien.

1.2. Politikbereich(e) in der ABM-/ABB-Struktur⁶

Politische Strategie und Koordinierung der Generaldirektionen RTD, AGRI, CLIMA, JRC, EAC, ENER, GROW, CNECT und MOVE.

1.3. Art des Vorschlags/der Initiative

☐ Der Vorschlag/die Initiative betrifft eine neue Maßnahme

□ Der Vorschlag/die Initiative betrifft eine neue Maßnahme im Anschluss an ein Pilotprojekt/eine vorbereitende Maßnahme⁷

☑ Der Vorschlag/die Initiative betrifft die Verlängerung einer bestehenden Maßnahme

□ Der Vorschlag/die Initiative betrifft eine neu ausgerichtete Maßnahme

1.4. Ziel(e)

1.4.1. Mit dem Vorschlag/der Initiative verfolgte mehrjährige strategische Ziele der Kommission

Die vorliegende Initiative wird es beiden Vertragsparteien ermöglichen, ihre Zusammenarbeit auf wissenschaftlichen und technologischen Gebieten von gemeinsamem Interesse zu verbessern und zu vertiefen.

1.4.2. Einzelziel(e) und ABM/ABB-Tätigkeit(en)

Einzelziel Nr.

Dieser Beschluss soll es beiden Vertragsparteien ermöglichen, durch Vergrößerung von Maßstab und Reichweite der gegenwärtigen Kooperation die Zusammenarbeit zu erweitern und eine strategische Partnerschaft aufzubauen; dabei sollen die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen gemeinsam angegangen und der gegenseitige Zugang zu Programmen und Fördermitteln gefördert werden. Er wird es ferner ermöglichen, die regionale Zusammenarbeit, soweit sinnvoll, auszubauen.

ABM-/ABB-Tätigkeit(en):

_

ABM: Activity-Based Management: maßnahmenbezogenes Management; ABB: Activity Based Budgeting: maßnahmenbezogene Budgetierung.

Im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 Buchstabe a oder b der Haushaltsordnung.

1.4.3. Erwartete(s) Ergebnis(se) und Auswirkungen

Bitte geben Sie an, wie sich der Vorschlag/die Initiative auf die Begünstigten/Zielgruppen auswirken dürfte.

Dieser Beschluss dürfte es Brasilien und der Europäischen Union ermöglichen, gegenseitig vom wissenschaftlichen und technischen Fortschritt zu profitieren, den sie durch die Forschung im Rahmen ihrer jeweiligen Forschungsprogramme und die laufende Zusammenarbeit erzielen. Er wird Grundlage sein für den Austausch von Fachkenntnissen und den Wissenstransfer zugunsten der Wissenschaftler, der Industrie und der Bürger beider Vertragsparteien.

1.4.4. Leistungs- und Erfolgsindikatoren

Bitte geben Sie an, anhand welcher Indikatoren sich die Realisierung des Vorschlags/der Initiative verfolgen lässt.

Sämtliche Maßnahmen im Rahmen des Abkommens, einschließlich der Zusammenarbeit, werden fortlaufend von der Kommission überwacht. Diese Bewertung betrifft u. a. folgende Punkte:

- a) Indikatoren für die Zusammenarbeit Analyse von Anzahl und Art der Beteiligung brasilianischer Einrichtungen an von der EU finanzierten Programmen (z. B. Anzahl der Vorschläge, Anzahl der unterzeichneten Finanzhilfevereinbarungen, wichtigste Kooperationsverbindungen, wichtigste Themen; erzielte Ergebnisse) und umgekehrt (sofern Daten verfügbar sind);
- b) Leistungsindikatoren Erfolgsquote brasilianischer Einrichtungen bei der Teilnahme an Rahmenprogrammen der EU im Vergleich zu anderen Drittländern und zu Mitgliedstaaten/assoziierten Ländern eines Forschungsrahmenprogramms; Analyse der Qualität der Beteiligung (z. B. Anzahl der bestplatzierten am Programm teilnehmenden Universitäten, Anzahl von aus gemeinsamen Projekten hervorgehenden Patenten und Veröffentlichungen);
- c) Erfassung von Daten zur Zusammenarbeit und zu über die jeweiligen Forschungsprogramme hinausgehenden Verbindungen sowie Bewertung der Auswirkungen dieser Tätigkeiten, beispielsweise die Teilnahme an multilateralen Initiativen und Arbeitsgruppen.

1.5. Begründung des Vorschlags/der Initiative

1.5.1. Kurz- oder langfristig zu deckender Bedarf

Dieser Beschluss wird es den beiden Vertragsparteien ermöglichen, ihre Zusammenarbeit auf wissenschaftlichen und technologischen Gebieten im gemeinsamen Interesse fortzuführen, zu verbessern und zu vertiefen.

1.5.2. Mehrwert aufgrund des Tätigwerdens der EU

Die Zusammenarbeit in Forschung und Innovation zwischen Brasilien und der EU und ihren Mitgliedstaaten hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Die Beteiligung der EU ermöglicht Tätigkeiten in größerem Maßstab und mit größerer Reichweite zum Nutzen aller Mitgliedstaaten. Die Verlängerung dieses Abkommens wird der EU leichteren Zugang zu in Brasilien gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnissen und eine verstärkte Zusammenarbeit ermöglichen, die zum

zusätzlichem Austausch von Kenntnissen und Technologien führt. Sie wird ferner den Zugang europäischer Unternehmen zum brasilianischen Markt erleichtern.

1.5.3. Aus früheren ähnlichen Maßnahmen gewonnene Erkenntnisse

Ausgehend von den bislang im Bereich der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit gewonnenen Erfahrungen wird es als für beide Seiten von Vorteil angesehen, die Forschungszusammenarbeit mit Brasilien, einem strategischen Partner der Union auf dem Gebiet von Forschung und Innovation, fortzuführen.

1.5.4. Vereinbarkeit und mögliche Synergie mit anderen angemessen Instrumenten

Die Verlängerung des Abkommens mit Brasilien steht voll und ganz im Einklang mit dem allgemeinen strategischen Rahmen für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation (COM(2012) 497).

1.6.	Laufzeit der Maßnahme und Dauer ihrer finanziellen Auswirkungen
	☑ Vorschlag/Initiative mit befristeter Laufzeit
	 ✓ Laufzeit: 8.8.2017 bis 7.8.2022
	 — ☐ Finanzielle Auswirkungen von JJJJ bis JJJJ
	☐ Vorschlag/Initiative mit unbefristeter Laufzeit
	 Anlaufphase von JJJJ bis JJJJ,
	 anschließend reguläre Umsetzung.
1.7.	Vorgeschlagene Methode(n) der Mittelverwaltung ⁸
	☑ Direkte Verwaltung durch die Kommission
	 — □ durch ihre Dienststellen, einschließlich ihres Personals in den Delegationen der Union;
	 − □ durch Exekutivagenturen.
	☐ Geteilte Verwaltung mit Mitgliedstaaten
	☐ Indirekte Verwaltung durch Übertragung von Haushaltsvollzugsaufgaben an:
	 □ Drittländer oder die von ihnen benannten Einrichtungen;
	 — ☐ internationale Einrichtungen und deren Agenturen (bitte angeben);
	 — □ die EIB und den Europäischen Investitionsfonds;
	 □ Einrichtungen im Sinne der Artikel 208 und 209 der Haushaltsordnung;
	 — □ öffentlich-rechtliche Körperschaften;
	 — □ privatrechtliche Einrichtungen, die im öffentlichen Auftrag t\u00e4tig werden, sofern sie ausreichende Finanzsicherheiten bieten;
	 — □ privatrechtliche Einrichtungen eines Mitgliedstaats, die mit der Einrichtung einer öffentlich-privaten Partnerschaft betraut wurden und die ausreichende Finanzsicherheiten bieten;
	 − □ Personen, die mit der Durchführung bestimmter GASP im Rahmen des Titels V EUV betraut und in dem maßgeblichen Basisrechtsakt benannt sind.
	– Falls mehrere Methoden der Mittelverwaltung angegeben werden, ist dies unter "Bemerkungen" näher zu erläutern.
Bemerk	rungen
[]	

Erläuterungen zu den Methoden der Mittelverwaltung und Verweise auf die Haushaltsordnung enthält die Website BudgWeb (in französischer und englischer Sprache): https://myintracomm.ec.europa.eu/budgweb/EN/man/budgmanag/Pages/budgmanag.aspx

2. VERWALTUNGSMASSNAHMEN

2.1. Monitoring und Berichterstattung

Bitte geben Sie an, wie oft und unter welchen Bedingungen diese Tätigkeiten erfolgen.

Die Beteiligung Brasiliens am Rahmenprogramm wird in regelmäßigen Abständen auf Sitzungen des nach Artikel 6 des Abkommens eingesetzten gemeinsamen Lenkungsausschusses überprüft.

2.2. Verwaltungs-und Kontrollsystem

2.2.1. Ermittelte Risiken

Sitzungen und bilaterale Kontakte finden in regelmäßigen Abständen statt, sodass der systematische Austausch von Informationen und eine Kontrolle möglich sind. Im Kontrollsystem wurden keine Risiken ermittelt.

2.2.2.	Angaben zum Aufbau des Systems der internen Kontrolle

2.2.3.	Abschätzung	der	Kosten	und	des	Nutzens	der	Kontrollen	sowie	Bewertung	des
	voraussichtlic	chen	Fehlerri	isikos	7						

2.3. Prävention von Betrug und Unregelmäßigkeiten

Bitte geben Sie an, welche Präventions- und Schutzmaßnahmen vorhanden oder vorgesehen sind.

Sind bei der Durchführung des Rahmenprogramms externe Auftragnehmer einzusetzen bzw. werden Dritte finanziell unterstützt, nimmt die Kommission gegebenenfalls Rechnungsprüfungen vor, insbesondere wenn sie begründete Zweifel an der Echtheit der ausgeführten oder im Tätigkeitsbericht beschriebenen Arbeiten hat.

Die Rechnungsprüfungen der Union werden entweder von ihrem eigenen Personal oder von Rechnungsprüfern durchgeführt, die nach dem Recht der überprüften Partei zugelassen sind. Die Prüfer werden von der Union frei gewählt, wobei mögliche Interessenkonflikte, auf die die überprüfte Partei u. U. hingewiesen hat, zu vermeiden sind. Ferner stellt die Kommission bei den Forschungstätigkeiten den Schutz der finanziellen Interessen der Union sicher, indem sie wirksame Kontrollen vornimmt und bei Feststellung von Unregelmäßigkeiten angemessene und abschreckende Maßnahmen ergreift bzw. Sanktionen verhängt.

Hierzu werden Bestimmungen über Kontrollen, Maßnahmen und Sanktionen im Sinne der Verordnungen Nr. 2988/95, Nr. 2185/96 und Nr. 1073/1999 in alle Verträge aufgenommen, die bei der Durchführung des Rahmenprogramms verwendet werden.

Die Verträge müssen insbesondere folgende Punkte enthalten:

- besondere Vertragsklauseln zum Schutz der finanziellen Interessen der EU durch Prüfungen und Kontrollen im Zusammenhang mit den ausgeführten Arbeiten;
- Durchführung administrativer Kontrollen im Rahmen der Betrugsbekämpfung gemäß den Verordnungen Nr. 2185/96, Nr. 1073/1999 und Nr. 1074/1999;
- verwaltungsrechtliche Sanktionen bei allen vorsätzlich oder fahrlässig verursachten Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der Verträge gemäß der Rahmenverordnung Nr. 2988/95 (einschließlich der Aufstellung schwarzer Listen);
- den Hinweis darauf, dass etwaige Einziehungsanordnungen bei Unregelmäßigkeiten oder Betrug vollstreckbare Titel gemäß Artikel 299 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sind.

Zusätzlich und routinemäßig wird ein internes Überwachungsprogramm für wissenschaftliche und finanzielle Aspekte der Zusammenarbeit vom zuständigen Personal der GD Forschung und Innovation durchgeführt. Ein internes Audit wird vom Referat "Internes Audit" der GD Forschung und Innovation vorgenommen und der Europäische Rechnungshof unternimmt Prüfungen vor Ort.

3. GESCHÄTZTE FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN DES VORSCHLAGS/DER INITIATIVE

3.1. Betroffene Rubrik(en) des mehrjährigen Finanzrahmens und Ausgabenlinie(n)

• Bestehende Haushaltslinien

<u>In der Reihenfolge</u> der Rubriken des mehrjährigen Finanzrahmens und der Haushaltslinien.

Rubrik des	Haushaltslinie	Art der Ausgaben		Finanzie	rungsbeiträg	ge
mehrjährig en Finanzrahm ens	Nummer [Bezeichnung]	GM/NGM ⁹	von EFTA- Ländern ¹⁰	von Kandidaten ländern ¹¹	von Drittlände rn	nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung
1a	08.01.05	NGM	JA	JA	NEIN	NEIN

• Neu zu schaffende Haushaltslinien

<u>In der Reihenfolge</u> der Rubriken des mehrjährigen Finanzrahmens und der Haushaltslinien.

Rubrik des		Art der Ausgaben		Finanzie	rungsbeiträg	ge
mehrjährig en Finanzrahm ens	Nummer	GM/NGM	von EFTA- Ländern	von Kandidaten ländern	von Drittlände rn	nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung
	[XX.YY.YY.YY]		JA/NEI N	JA/NEIN	JA/NEI N	JA/NEIN

⁹ GM = getrennte Mittel/NGM = Nichtgetrennte Mittel.

EFTA: Europäische Freihandelsassoziation.

Kandidatenländer und gegebenenfalls potenzielle Kandidatenländer des Westbalkans.

Geschätzte Auswirkungen auf die Ausgaben 3.2.

[Zum Ausfüllen dieses Teils ist die Tabelle für Verwaltungsausgaben zu verwenden (2. Dokument im Anhang dieses Finanzbogens), die für die dienststellenübergreifende Konsultation in CISNET hochgeladen wird.]

Übersicht 3.2.*I*. in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

Rubrik des mehrjährigen Finanzrahmens	 Vummer	[Bezeichnung]

GD: <rtd></rtd>			Jahr 2017 ¹²	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	INSGESAMT
Operative Mittel									
Nummer der Heuchelelinie	Verpflichtungen	(1)							
ranimiet dei fraustransmine	Zahlungen	(2)							
Virginia dou House de la livina de la company.	Verpflichtungen	(1a)							
INUITINET GET FRAUSTIAIUSTIILE	Zahlungen	(2a)							
Aus der Dotation bestimmter spezifischer Programme finanzierte Verwaltungsausgaben 13	Programme finar	ızierte							
Nummer der Haushaltslinie	08.01.05	(3)							
Mittel INSGESAMT	Verpflichtungen	=1+1a +3	0,024	0,061	0,061	0,061	0,061	0,037	0,305
für die GD <>	Zahlungen	=2+2a +3	0,024	0,061	0,061	0,061	0,061	0,037	0,305

13

Das Jahr 2017 ist das Jahr, in dem mit der Umsetzung des Vorschlags/der Initiative begonnen wird. Technische und/oder administrative Unterstützung und Ausgaben zur Unterstützung von Programmen bzw. Maßnahmen der EU (vormalige BA-Linien), indirekte Forschung, direkte Forschung.

	Verpflichtungen	(4)								
• operative mitter insoessami	Zahlungen	(5)								
Aus der Dotation bestimmter spezifischer Programme finanzierte Verwaltungsausgaben INSGESAMT	ner Programme AT	(9)	0,024	0,061	0,061	0,061	0,061	0,061	0,037	0,305
Mittel INSGESAMT	Verpflichtungen	=4+ 6	0,024	0,061	0,061	0,061	0,061	0,061	0,037	0,305
unter RUBRIK <> des mehrjährigen Finanzrahmens	Zahlungen	=5+6	0,024	0,061	0,061	0,061	0,061	0,061	0,037	0,305

::	ı
Œ	l
Ξ	l
ž	l
þ	l
u	l
e	l
riker	l
ı	l
Π	l
e Ru	l
5	l
	l
e mehrer	l
h	l
16	l
п	l
'e	l
įV	l
a_1	l
ti	l
	l
. Ini	l
ie	l
/q	l
D)	l
la	ı
:h	ı
SC	ı
0 I	ı
Š	ı
٦	ı
der	ı
١d	l
	ı
E I	ı

Wenn der Vorschlag/die Initiative mehrere Rubriken betriff	<u>nrere Rubriken l</u>	etrifft:	
TMA 250 2M 1241 M 2011 2000 A	Verpflichtungen	(4)	
• Operative mitter mysoes/am i	Zahlungen	(5)	
Aus der Dotation bestimmter spezifischer Programme finanzierte Verwaltungsausgaben INSGESAMT	ner Programme AT	(9)	
Mittel INSGESAMT	Verpflichtungen	=4+6	
unter den RUBKIKEN 1 bis 4 des mehrjährigen Finanzrahmens (Referenzbetrag)	Zahlungen	=5+6	

Rubrik des mehrjährigen Finanzrahmens	n 5	Verwa	Verwaltungsausgaben	gaben				
							In M	in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)
		Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	TNCCECANT
		2017^{14}	2018	2019	2020	2021	2022	INSGESTIME
GD: <>								
• Personalausgaben								
Sonstige Verwaltungsausgaben		0,003	0,008	0,008	0,008	0,008	0,005	0,04
DG INSGESAMT <>	Mittel	0,003	0,008	0,008	0,008	0,008	0,005	0,04

Mittel INSGESAMT unter der RUBRIK 5	(Verpflichtungen= Zahlungen insges)	0,003	0,008	0,008	0,008	0,008	0,005	0,04	
des mehrjährigen Finanzrahmens									

(
الما)
ctal	2
n a	
717	
Γ_{σ_2}	
C	
4	
Ī	
in Mio FIIP	
Σ	2
2.	

		Jahr 2017 ¹⁵	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	INSGESAMT
Mittel INSGESAMT	Verpflichtungen	0,027	690,0	690'0	690'0	0,069	0,042	0,345
unter den RUBRIKEN 1 bis 5 des mehrjährigen Finanzrahmens	Zahlungen	0,027	0,069	0,069	0,069	0,069	0,042	0,345

Das Jahr 2017 ist das Jahr, in dem mit der Umsetzung des Vorschlags/der Initiative begonnen wird. Das Jahr 2017 ist das Jahr, in dem mit der Umsetzung des Vorschlags/der Initiative begonnen wird. 14 51

3.2.2. Geschätzte Auswirkungen auf die operativen Mittel

□ Für den Vorschlag/die Initiative werden keine operativen Mittel benötigt.

− □ Für den Vorschlag/die Initiative werden die folgenden operativen Mittel benötigt:

Mittel für Verpflichtungen in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

Bei länger andauernden Auswirkungen (siehe 1.6) bitte weitere Spalten einfügen	SE	Koste hil Koste hil Koste hil Koste n An A									
dauernden Auswirkun e weitere Spalten einfi		IdsznA Kost n									
Bei länger an 1.6) bitt	-	IdsznA									
Jahr N+3	ERGEBNISSE	IdsznA X X S C S									
Jahr N+2		Anzahl Koste									
Jahr N+1	-	Anzahl Koste n									
Jahr N		IdsznA Koste n									
		Art ¹⁶ Schnitt skoste	L Nr. 1 ¹⁷				r Einzelziel Nr. 1	JL Nr. 2		für Einzelziel 2	SOSTEN
Ziele und	Ergebnisse	\$	EINZELZIEL Nr. 1 ¹⁷	- Ergebnis	- Ergebnis	- Ergebnis	Zwischensumme für Einzelziel Nr. 1	EINZELZIEL Nr. 2	- Ergebnis	Zwischensumme für Einzelziel Nr. 2	GESAMTKOSTEN

16

Ergebnisse sind Produkte, die geliefert, und Dienstleistungen, die erbracht werden (z. B.: Zahl der Austauschstudenten, gebaute Straßenkilometer). Wie unter 1.4.2 ("Einzelziele…") beschrieben.

3.2.3. Geschätzte Auswirkungen auf die Verwaltungsmittel

3.2.3.1. Übersicht

- □ Für den Vorschlag/die Initiative werden keine Verwaltungsmittel benötigt.
- — ☐ Für den Vorschlag/die Initiative werden die folgenden Verwaltungsmittel benötigt:

in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

	Jahr 2017 ¹⁸	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	INSGESAM T
RUBRIK 5 des mehrjährigen Finanzrahmens							
Personalausgaben							
Sonstige Verwaltungsausgaben	0,003	0,008	0,008	0,008	0,008	0,005	0,04
Zwischensumme RUBRIK 5 des mehrjährigen Finanzrahmens	0,003	0,008	0,008	0,008	0,008	0,005	0,04
		,	,				
Außerhalb der RUBRIK 5 ¹⁹ des mehrjährigen Finanzrahmens							
Personalausgaben	0,024	0,061	0,061	0,061	0,061	0,037	0,305
Sonstige Verwaltungsausgaben							
Zwischensumme Außerhalb der RUBRIK 5 des mehrjährigen Finanzrahmens							
INSGESAMT	0,027	0,069	0,069	0,069	0,069	0,042	0,345

Der Mittelbedarf für Personal- und sonstige Verwaltungsausgaben wird durch der Verwaltung der Maßnahme zugeordnete Mittel der GD oder GD-interne Personalumsetzung gedeckt. Hinzu kommen etwaige zusätzliche Mittel, die der für die Verwaltung der Maßnahme zuständigen GD nach Maßgabe der verfügbaren Mittel im Rahmen der jährlichen Mittelzuweisung zugeteilt werden.

Das Jahr 2017 ist das Jahr, in dem mit der Umsetzung des Vorschlags/der Initiative begonnen wird.

Technische und/oder administrative Unterstützung und Ausgaben zur Unterstützung der Umsetzung von Programmen bzw. Maßnahmen der EU (vormalige BA-Linien), indirekte Forschung, direkte Forschung.

3.2.3.2. Geschätzter Personalbedarf

- □ Für den Vorschlag/die Initiative wird kein Personal benötigt.
- ☑ Für den Vorschlag/die Initiative wird das folgende Personal benötigt:

Schätzung in Vollzeitäquivalenten

		Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
•Im Stellenplan vorgeseher	ne Planstellen (Beamte und B	Sedienstete	auf Zeit)				
XX 01 01 01 (am Sitz und Kommission)	in den Vertretungen der						
XX 01 01 02 (in den Dele	gationen)						
08 01 05 01 (indirekte Fo	rschung)	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,3
10 01 05 01 (direkte Forsc	hung)						
•Externes Personal (in Vol	lzeitäquivalenten: (VZÄ) ²⁰					•	•
XX 01 02 01 (VB, ANS u				•			
XX 01 02 02 (VB, ÖB, Al Delegationen)							
XX 01 04 yy ²¹	- am Sitz						
	- in den Delegationen						
XX 01 05 02 (VB der indirekten For							
10 01 05 02 (VB, ANS un Forschung)	d LAK der direkten						
Sonstige Haushaltslinien (bitte angeben)						
INSGESAMT		0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,3

 $\boldsymbol{X}\boldsymbol{X}$ steht für den jeweiligen Politikbereich bzw. Haushaltstitel.

Der Personalbedarf wird durch der Verwaltung der Maßnahme zugeordnetes Personal der GD oder GD-interne Personalumsetzung gedeckt. Hinzu kommen etwaige zusätzliche Mittel für Personal, die der für die Verwaltung der Maßnahme zuständigen GD nach Maßgabe der verfügbaren Mittel im Rahmen der jährlichen Mittelzuweisung zugeteilt werden.

Beschreibung der auszuführenden Aufgaben:

Beamte und Bedienstete auf Zeit	Vorbereitung und Verwaltung der in Artikel VI des Abkommens vorgesehenen Sitzungen des Gemischten Ausschusses sowie Weiterverfolgung der Funktionsweise und Durchführung des Abkommens. Die Berechnungen werden proportional zur Laufzeit des Abkommens vorgenommen.
Externes Personal	

VB = Vertragsbedienstete, ÖB = Örtliche Bedienstete, ANS = Abgeordnete nationale Sachverständige, LAK = Leiharbeitskräfte, JSD = junge Sachverständige in Delegationen.

Teilobergrenze für aus operativen Mitteln finanziertes externes Personal (vormalige BA-Linien).

<i>3.2.4.</i>	Vereinbarkeit mit dem mehrjahrigen Finanzrahmen	

- — ☐ Der Vorschlag/die Initiative ist mit dem derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmen vereinbar.
- − □ Der Vorschlag/die Initiative erfordert eine Anpassung der betreffenden Rubrik des mehrjährigen Finanzrahmens.

Bitte erläutern Sie die erforderliche Anpassung unter Angabe der betreffenden Haushaltslinien und der entsprechenden Beträge.

 − □ Der Vorschlag/die Initiative erfordert eine Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments oder eine Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens.

Bitte erläutern Sie den Bedarf unter Angabe der einschlägigen Rubriken und Haushaltslinien sowie der entsprechenden Beträge.

3.2.5. Finanzierungsbeteiligung Dritter

- ☑Der Vorschlag/die Initiative sieht keine Kofinanzierung durch Dritte vor.
- Der Vorschlag/die Initiative sieht folgende Kofinanzierung vor:

Mittel in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

	Jahr N	Jahr N+1	Jahr N+2	Jahr N+3	Auswirkı	inger andaue ungen (siehe e Spalten ei	1.6) bitte	Insgesamt
Geldgeber/kofinanzierende Einrichtung								
Kofinanzierung INSGESAMT								

	 — ☐ Der Vorschlag/die Initiative wirkt sich nicht auf die Einnahmen aus. 									
	_ [l Der Vorschl	ag/die Initia	tive wirkt	t sich auf d	die Einnah	men aus, un	nd zwar:		
		_ 🗆	auf die E	igenmitte	1					
		_ 🗆	auf die so	onstigen E	Einnahmer	1				
						in Mic	o. EUR (3 D	ezimalstelle	en)	
		Für das laufende			Auswirkunge	n des Vorsch	lags/der Initiativ	/e ²²		
Einnahmenlinie:	Haushaltsjahr zur Verfügung stehende Mittel		Jahr N	Jahr N+1	Jahr N+2	Jahr N+3		andauernden Au itte weitere Spa		
Artikel										
	Bitte an.	geben Sie für di	e sonstigen zv	weckgebund	denen Einna	hmen die b	etreffende(n)	Ausgabenlinie	(n)	
	Bitte	geben Sie an, wie	e die Auswirkt	ungen auf d	ie Einnahm	en berechnet	t werden.			

Geschätzte Auswirkungen auf die Einnahmen

_

3.3.

Bei den traditionellen Eigenmittel (Zölle, Zuckerabgaben) sind die Beträge netto, d. h. abzüglich 25 % Erhebungskosten, anzugeben.